

# »ERKENNE DIE LAGE!«

## ÜBER DIE RECHTSPOPULISTISCHE VERSUCHUNG DES BUNDESDEUTSCHEN KONSERVATISMUS

Ξ Karin Priester

Altbundeskanzler Konrad Adenauer wird gern mit dem Satz zitiert: »Kinder kriegen die Leute immer«. Er hat es in zwei Ehen auf acht Sprösslinge gebracht und stammt selbst aus einer Familie mit fünf Kindern. Weniger bekannt sind dagegen seine erforderlichen Leistungen, darunter ein batteriebetriebenes, von innen beleuchtetes Stopfen für löchrige Socken: »Gestopft wird immer.« Für den rheinischen Katholiken gehörte das generative Verhalten ebenso zur unhinterfragbaren Tradition wie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung; denn das beleuchtete Stopfen hat er zwar erfunden, aber als Mann natürlich nicht benutzt.

Dieser Traditionalismus ist, in der Unterscheidung von Karl Mannheim,<sup>1</sup> noch kein Konservatismus; aber er ist der Humus, auf dem dieser gedeiht. Erst wenn Traditionen brüchig werden und ihre Bindekraft verlieren, schlägt die Stunde des Konservatismus:

*»Als politische Kraft, als Ideologie und schließlich als organisierte Partei setzt [er] die Erfahrung dynamisierter Geschichte voraus. Das heißt: Es muss ein Wandel sichtbar geworden sein, der in gerichteter Weise die Lebensordnungen transformiert, und zwar nicht zuletzt unter dem Druck einer Philosophie, die die so geöffnete Zukunft vor Gegenwart und Vergangenheit normativ auszeichnet.«<sup>2</sup>*

Konservatismus lässt sich daher nicht inhaltlich, sondern nur relational als retardierende Erwiderung auf Modernisierungsschübe definieren. Hierin eng mit dem Populismus verwandt, ist er nicht primär Aktion, sondern Reaktion auf zwei elementare Herausforderungen: raschen, von oben induzierten gesellschaftlichen Wandel sowie Statusverlust und kulturelle Entwertung. Wenn aber die destruktiven Folgen von Modernisierung so weit gediehen sind, dass nichts mehr aufzuhalten ist, kann er auch revolutionär werden und die Neuschaffung tradierungswürdiger Strukturen und Institutionen anstreben.

War der soziale Träger des Konservatismus im 18. und teilweise noch im 19. Jahrhundert der grundbesitzende Adel, so haben sich Konservative der Hegemonie des Bürgertums angepasst. Ursprünglich keineswegs national

<sup>1</sup> Vgl. Karl Mannheim, Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens, Frankfurt a.M. 1984.

<sup>2</sup> Hermann Lübbe, Fortschrittsreaktionen. Über konservative und destruktive Modernität, Graz 1987, S. 13.

eingestellt, haben sie nolens volens den bürgerlichen Nationalstaat akzeptiert und Front gemacht gegen Liberale und Linke.

Auf die Frage, was bei so viel Flexibilität noch unverwechselbar konservativ genannt werden könne, verweisen Konservative auf die Transzendenz. Der Jungkonservative Albrecht Erich Günther definierte 1931: »Das Konservative ist nicht ein Hängen an dem, was gestern war, sondern [...] ein Leben aus dem, was immer gilt.<sup>3</sup> Dieses »immer Gültige« beruht auf vier Glaubensartikeln: Skeptizismus, menschliche Unvollkommenheit, pessimistisches Menschenbild und von Gott oder der Natur gewollte Rangunterschiede unter den Menschen.

Seit Edmund Burkes Kritik an der Französischen Revolution lehnen Konservative einen raschen, nicht evolutionär aus dem Fluss der Geschichte hervorgehenden Wandel ab. Ihre Präferenz gilt dem »organisch« Gewachsenen, nicht dem rational Geplanten und Gemachten. Es gelte, schreibt der Publizist Alexander Gauland, heute Exponent des konservativen Flügels der Alternative für Deutschland (AfD), die Geschwindigkeit der technischen und gesellschaftlichen Veränderung zu drosseln. »Stärker noch als Ungerechtigkeit quält uns das Tempo der Veränderung.<sup>4</sup>

Auch wenn der konservative Soziologe Arnold Gehlen glaubte, seine Institutionenlehre aus der Instinktunsicherheit des Menschen ableiten zu können, gehört eine anthropologische Fundierung nicht zu den unverzichtbaren Merkmalen von Konservatismus. Der britische Philosoph Michael Oakeshott definiert Konservatismus vielmehr als eine psychische Disposition, eine Haltung neben anderen:

*»[...] die konservative Haltung entspricht dem Menschen, der genau weiß, dass er etwas zu verlieren hat, an dem er sehr hängt; und das ist ein Mensch, dem bis zu einem bestimmten Grade vielfältige Möglichkeiten des Lebensgenusses zu Gebote stehen, die aber doch wiederum nicht in solcher Fülle vorhanden sind, dass ihn der Verlust unberührt ließe.«<sup>5</sup>*

3 Albrecht Erich Günther, *Wandlungen der sozialen und politischen Weltanschauung des Mittelstandes*, in: *Der Ring*, Jg. 4 (1931) H. 22, S. 408–410, hier S. 409.

4 Alexander Gauland, *Anleitung zum Konservativensein*, München 2002, S. 8.

5 Michael Oakeshott, *On Being Conservative* (1956), dt. *Konservative Wesensart*, in: Ders., *Rationalismus in der Politik*, Neuwied 1966, S. 179–206, hier S. 180.

6 Vgl. ebd., S. 185. Zu Oakeshotts politischen Optionen vgl. Perry Anderson, *Die eiserne Rechte am Ende des Jahrhunderts*. Über Michael Oakeshott, Carl Schmitt, Leo Strauss und Friedrich von Hayek, in: Freiburger H. 55/1993, S. 7–37.

Lange vor dem jüngst verstorbenen konservativen Philosophen Odo Marquard hat Oakeshott auch die »Beweislastumkehr« gefordert. Die Last des Beweises, dass eine Veränderung besser als die Bewahrung des Bestehenden sei, liege nicht beim Bewahrer, sondern beim Veränderer.<sup>6</sup>

Mit dem Abklingen der Fortschritts- und Emanzipationseuphorie der 1970er Jahre hat konservatives Gedankengut Einzug in den kulturellen Mainstream gehalten. Dieser Wandel des Zeitgeistes wurde deutlich, als der Linke Erhard Eppler zu Beginn der 1980er Jahre zwischen einem positiven Wertkonservatismus und einem negativen Strukturkonservatismus unterschied.

Fortschrittskritik, Kritik an der Aufklärung, Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, Kulturkritik an der Konsumgesellschaft, ästhetische Kritik an der Massenkultur, ja selbst das Nationale sind nicht mehr ausschließlich rechts besetzt.<sup>7</sup>

Klaus von Beyme unterscheidet fünf Gruppierungen innerhalb des konservativen Spektrums: erstens »Status-quo-ante Konservative«, die nach der Französischen Revolution eine Rückkehr zum monarchischen Absolutismus anstreben; zweitens »Status-quo-Konservative«, drittens die »Konservativen Revolutionäre«, die in der angelsächsischen Literatur »radikale Konservative« genannt werden, und viertens die »christlichen und christlich-sozialen Konservativen«; fünftens schließlich die meist anglophilen »Reformkonservativen« mit ihrem Ahnherrn Edmund Burke, zu denen auch der AfD-Politiker Alexander Gauland gehört. Letzteren gelten Vielfalt, Dezentralisierung und Föderalismus als die wichtigsten Widerlager gegen Uniformität, Nivellierung und die »Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse«<sup>8</sup>. Widerlager sind gewissermaßen die Wellenbrecher im »Katarakt des Fortschritts« (Hans Freyer) oder die »Aufhalter« Carl Schmitts.<sup>9</sup>

Nach 1945 war der deutsche Konservatismus diskreditiert. Er galt nicht nur als Steigbügelhalter des Nationalsozialismus, sondern verströmte auch den Hautgout des Abgelebten und Ranzigen. Indessen hat er immer schon mit Umorientierungen und Neuausrichtungen gelebt und sich auf neue Gegebenheiten eingestellt. In den 1960er Jahren stand seine Versöhnung mit der Industriegesellschaft an, die von den Vertretern des sogenannten Neokonservatismus – namentlich von Arnold Gehlen, Erich Forsthoff, Hans Freyer und Helmut Schelsky – propagiert wurde.<sup>10</sup> Das von »Sachzwängen« beherrschte technokratische System entmachte Politik zugunsten reiner Verwaltung und mache Ideologien im stationären Zustand des »post-histoire« (Arnold Gehlen) obsolet. Was als Lageanalyse präsentierte wurde, war aber zugleich ein normatives Plädoyer für einen Soll-Zustand. Expertokratie sollte sein, weil sie demokratischen Entscheidungsfindungen jede Legitimationsgrundlage entzog. Gleichwohl verstanden sich die Neokonservativen als Liberale. Hermann Lübbe, einer ihrer Wortführer, dekretierte: »Konservativ, das heißt liberal«<sup>11</sup>. Und liberal hieß Verteidigung des Rechtsstaats gegen die Ausweitung demokratischer Partizipation, freies gegen imperatives Mandat, Burke gegen Rousseau.

Auch die CDU, die nie eine genuin konservative Partei gewesen ist, hat sich auf den Boden eines liberalen Konservatismus in Verbindung mit dem christlichen Menschenbild gestellt. Es gibt, so Andreas Rödder, keinen grundlegenden Unterschied zwischen dem konservativen und dem christlichen

7 Näher dazu: Karin Priester, Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt a.M. 2012, S. 207–225.

8 Alexander Gauland, Was ist Konservativismus? Frankfurt a.M. 1991, S. 53.

9 Vgl. Klaus von Beyme, Konservativismus. Theorien des Konservatismus und Rechtsextremismus im Zeitalter der Ideologien 1789–1945, Wiesbaden 2013, S. 11.

10 Zum Wandel des Konservatismus und zum technokratischen Neokonservatismus vgl. Hans-Jürgen Puhle, Konservativismus und Neo-Konservativismus: deutsche Entwicklungslinien seit 1945, in: Rainer Eisfeld u. Ingo Müller (Hg.), Gegen Barbarei. Essays Robert M. W. Kempner zu Ehren, Frankfurt a. M. 1989, S. 399–423.

11 Lübbe, S. 36.

Menschenbild.<sup>12</sup> Dieses Amalgam manifestiert sich in der Kritik am »Machbarkeitswahn« (Volker Kauder), in der Orientierung an »Maß und Mitte«, im Subsidiaritätsprinzip, in der Stärkung der Zivilgesellschaft, in der Berufung auf den erfahrungsgestützten *Common Sense* mit seiner »allgemein verbindliche[n] Vorstellung von ›falsch‹ und ›richtig‹«<sup>13</sup> gegen rationalistisch-deduktives Denken, in der behutsamen Verbesserung des Bestehenden. Auch der liberalkonservative Historiker Paul Nolte tritt als Anwalt einer neuen »Ethik der Behutsamkeit« auf.<sup>14</sup>

Bis zur Hegemonie des Neoliberalismus ab den 1970er Jahren und dem durch die Globalisierung ausgelösten Modernisierungsdruck fühlten sich Konservative von der CDU repräsentiert, in Bayern von der CSU. Mit der Forcierung der europäischen Einigung unter neoliberalen Vorzeichen hat die CDU indessen einen Modernisierungs- und Liberalisierungskurs eingeschlagen, den Konservative in ihren Reihen als »Sozialdemokratisierung« wahrnehmen und mit Loyalitätsauftaktführung quittieren.

Rechts davon stehen jungkonservative, zur konservativ-revolutionären Familie zählende Gruppierungen, die aber nicht dem rechtsextremen Spektrum, vertreten durch die NPD und die inzwischen aufgelöste DVU, zugerechnet werden können. Sie firmieren unter der Bezeichnung »Neue Rechte« und verstehen sich als metapolitische Gegenöffentlichkeit ohne direkte Einflussnahme auf die Parteipolitik.

Zu den umtriebigsten Exponenten der Neuen Rechten gehört die »Ein-Mann-Kaserne« Götz Kubitschek. Er und seine Frau, die Journalistin Ellen Kositza, haben nach der Wende auf dem Rittergut von Schnellroda (Sachsen-Anhalt) ein Institut (Institut für Staatspolitik), einen Verlag (Antaios-Verlag) und eine Zeitschrift (*Sezession*) gegründet und stehen überdies dem rechtskonservativen Organ *Junge Freiheit* nahe. Aber der Reserveoffizier Kubitschek ist nicht nur Intellektueller, sondern auch Tatmensch. 2008 gründete er die Konservativ-Subversive Aktion (KSA) und schritt mit einigen Jungmännern zur Tat: hier die Störung einer unliebsamen Veranstaltung, dort ein subversives Go-In mit Vertretern der rechten Zeitschrift *Blaue Narzisse* – folgenloser Trottendrang mit dem Charme studentischer Happenings und weit entfernt vom subkulturell geprägten, nationalrevolutionären Aktivismus des neofaschistischen CasaPound-Netzwerks in Italien, das die *Blaue Narzisse* mit interessierter Berichterstattung würdigte.

<sup>12</sup> Vgl. Andreas Rödder, Was heißt heute konservativ?, in: Die politische Meinung, Teil I, Jg. 53 (2008) H. 465, S. 29–33 und Teil II, Jg. 53 (2008) H. 466, S. 59–63.

<sup>13</sup> Ebd., Teil II, S. 60.

<sup>14</sup> Vgl. Paul Nolte, Konservatismus in Deutschland. Geschichte – und Zukunft?, in: Ders., Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik, München 2005, S. 200–232.

Nach dem unverhofft großen und raschen Erfolg der AfD wittern etliche Neurechte inzwischen Morgenluft. Soll man diese Chance zur politischen Intervention ungenutzt streichen lassen und weiter im Elfenbeinturm der Metapolitik verharren oder soll man sich, auch um den Preis kosmetischer

Abtönungen und rhetorischer Konzessionen, auf die Tagespolitik einlassen und als Koalitionspartner der CDU einen rechten Bürgerblock ansteuern?

Der Historiker Karlheinz Weißmann, einer der namhaftesten Publizisten der Neuen Rechten, zeigt strategischen Weitblick. Es gelte, die Kröte des Populismus zu schlucken und das heroische Lebensideal bis zur Wieder-verwendung im Ordner für unerledigte Fälle abzulegen. Noch 2009 hatte Weißmann in der *Sezession* einen »konservativen Katechismus« veröffentlicht. Mit Carl Schmitt rief er dazu auf, sich auf »den wirklichen Fall, den Ernstfall«, die »eigentliche Auseinandersetzung«, die »klare Entscheidung« vorzubereiten.<sup>15</sup> Abzulehnen seien alle Kompromissformeln wie Liberal-konservative, Kulturkonservative, Wertkonservative oder Freiheitlich-Konservative. Die Linke, natürlich nur die Ernstfall-Linke, gilt als ebenbürtiger Gegner; die Mitte wird dagegen mit Verachtung gestraft: »Das juste-milieu ist immer unselbständige, zu feige, eine Richtung einzuschlagen, es folgt dem, was links oder rechts vorgegeben wird.«<sup>16</sup> Konservative seien heute zwar eine Minderheit, aber Geschichte werde immer von entschlossenen Minderheiten gemacht.

Den konservativen Revolutionär erkennt man daran, dass er in seine Texte mindestens einmal den Imperativ »Erkenne die Lage!« einfließen lässt.<sup>17</sup> Weißmann hat also die Lage erkannt. Ohne Massenmobilisierung bleibt die Neue Rechte ein Nachtschattengewächs. Das Gebot der Stunde lautet: strategische Umorientierung von der »entschlossenen Minderheit« zur »verdrossenen Mehrheit«.

Erteilte der Rechtskonservative gestern noch der Volkssouveränität eine klare Absage, setzt er sie heute als Waffe für den »Umbau« des Parteiensystems und langfristig für den »Umbau« des Staates ein. »Subversion« und »Ernstfall« werden vorerst aus dem Vokabular gestrichen; das könnte die bürgerliche Klientel – 2009 noch das »feige« Justemilieu genannt – verschrecken. Auch die aristokratische Attitüde eines Oswald Spengler wirkt nicht mehr zeitgemäß; seriös-bürgerlicher Habitus ist gefragt. Weißmann fühlt sich zur britischen United Kingdom Independence Party (UKIP) hingezogen, deren Seriosität und Vertrauenswürdigkeit der AfD in nichts nachstehe. Bei den jüngsten Parlamentswahlen vom Mai 2015 haben die Briten der UKIP indessen eine Abfuhr erteilt.

Die AfD ist als Alternative zur Europapolitik der »politischen Klasse« ange-treten. Das Versprechen einer inhaltsleeren Alternative ohne konsistentes Programm in allen nicht Euro-relevanten Politikfeldern erklärt den Erfolg dieser neuen Partei, fördert aber zugleich den *bandwagon effect*. Wo der Wagen

15 Karlheinz Weißmann, Der konservative Katechismus, in: *Sezession*, H. 29/2009, S. 34–36, hier S. 36.

16 Ebd.

17 Nicht jedes eherne Diktum stammt von Carl Schmitt, auch wenn die Neue Rechte sich gern auf ihn beruft. Dieses hier stammt von Gottfried Benn, Erkenne die Lage!, in: *Sämtliche Werke*, Bd. 4, Prosa 2 (1933–1945), hg. von Gerhard Schuster in Verbindung mit Ilse Benn, Stuttgart 1989, S. 362f.

Fahrt aufnimmt, springen viele auf, die bisher am rechten Rand eher erfolglos waren: die gedankenreiche, aber tatenarme Neue Rechte, die Partei Die Freiheit des ehemaligen CDU-Mitglieds René Stadtkewitz, lokale Gruppen der PRO-Partei, ehemalige Schill-Anhänger oder Republikaner. Auch parteiintern melden sich rechte Stimmen mit der Patriotischen Plattform (2014) oder der »Erfurter Erklärung« (2015) zu Wort. Sie verstehen sich in der Tradition der Weimarer DNVP als nationalkonservativ. Unter diesem Etikett kann so manches völkische Süppchen wieder aufgewärmt und der Antimodernismus in der Familien- und Geschlechterpolitik gepflegt werden.

Einen – zumindest für die AfD – neuen Ton schlägt dagegen ein Philosoph an, der die Debatte ins Klassenkämpferische wendet und mit der AfD Großes vorhat. Im Januar 2014 erschien in der Zeitschrift *Cicero* das sogenannte »AfD-Manifest« von Marc Jongen. Jongen, Philosophiedozent in Karlsruhe und stellvertretender Sprecher der AfD in Baden-Württemberg, schafft es, in einem knappen Artikel vier der genannten Ausprägungen des Konservatismus zu einer Synthese zu vereinen: den Status-quo-ante-Konservatismus, den Status-quo-Konservatismus, den Reformkonservatismus und die Konservative Revolution. Sie bilden das Planquadrat der »Anschauungsweise« (!) der AfD, die »vor der ganzen Welt offen dargelegt« werden soll.<sup>18</sup> Eine Nummer kleiner wäre Verrat an der Sache – ist die AfD aus Jongens Sicht doch zu Höherem berufen. Sie habe eine »historische Mission« zu erfüllen, mindestens in Europa.

Jongen definiert: »Genuin liberal zu sein, heißt heute, konservativ zu sein. Zuweilen sogar reaktionär.« Restauration des Status quo ante lautet das erste Gebot: Rückkehr zu den Maastrichter Verträgen und, wenn nötig, zur nationalen Währung. Den Status-quo-Konservatismus bedient Jongen mit Sprach- und Familienpolitik: Tradierung der heterosexuellen bürgerlichen Familie und der deutschen Sprache, die durch das Englische der *Global Player* bedroht sei. Die reformkonservativ-liberale Facette betont dagegen die Förderung von *echem* Bürgersinn und Meritokratie, also nicht nur sozialer Aufstieg durch Verdienst und Leistung, sondern *Herrschaft* der Besten. Von hier lässt sich bei Bedarf eine Brücke zum technokratischen Neokonservatismus der 1960er Jahre schlagen; vor allem aber lassen sich die Parteiherrschaft und der Parlamentarismus diskreditieren. Zentral ist für Jongen jedoch der Kerngedanke der Konservativen Revolution: Das Zerstörungswerk der Moderne sei auf gradualem Wege nicht mehr aufzuhalten. Der Zug der Zeit fahre nicht nur zu schnell, sondern auch in die falsche Richtung. Nun gelte es, tradierungswürdige Zustände neu zu schaffen, und zwar durch Revolution:

<sup>18</sup> Marc Jongen, Das Märchen vom Gespenst der AfD, in: Cicero online, 22.01.2014, URL: <http://www.cicero.de/berliner-republik/afd-ein-manifest-fuer-eine-alternative-fuer-europa/56894> [eingesehen am 23.06.2015]. Die nachfolgend in Anführungszeichen gesetzten Begriffe oder Wendungen beziehen sich auf diesen Text und werden nicht eigens als Zitate ausgewiesen.

»Die bürgerliche Mitte ist heute [...] die eigentlich revolutionäre Klasse. Der Endzweck dieser Revolution ist freilich nicht die klassenlose Gesellschaft, sondern die Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft und der Souveränität des Volkes.«

Wo aber der Ernstfall bereits eingetreten ist, muss der Konservative seinen »organischen Standpunkt« (Arthur Moeller van den Bruck), seinen gradualistischen »konservativen Reformismus« (Alexander Gauland) aufgeben und den Lauf der Geschichte umkehren. Er tritt nicht mehr als *Entschleuniger*, sondern als *Beschleuniger* der Umkehr zu einer rückwärtsgewandten Utopie auf.

Wo diese Utopie liegt, ist historisch variabel, aber die Rückkehr zu einem Goldenen Zeitalter gehört zu den Kerngedanken auch eines ansonsten ideo-logischdürftigen Populismus. Heutige Populisten, auch linke, haben dabei etwa in Deutschland den »rheinischen Kapitalismus«, in Frankreich die »dreißig glorreichen Jahre« (*les trente glorieuses*) zwischen 1945 und der ersten Ölkrise 1974 vor Augen, als Vollbeschäftigung herrschte, Immigranten noch Gastarbeiter hießen, ein höherer Lebensstandard erreicht wurde und die europäische Idee auf ein Europa der Vaterländer begrenzt war. Die Frage, ob diese vermeintlich so goldenen Jahre nicht an den Wiederaufbau der Nachkriegszeit geknüpft waren und ökonomisch eine Ausnahme von der (kapitalistischen) Regel darstellten, wird dagegen nicht aufgeworfen.

Während Liberalkonservative wie Paul Nolte populistischen Parolen eine entschiedene Absage erteilen, hat Jongen deren massenmobilisierendes Potenzial erkannt. Seine liberal-konservativ-reaktionär-revolutionäre Vision setzt auf den Populismus. Nur so kann der Konservatismus massenkompatibel werden. Wo liegt nun das Populistische? Es zeigt sich vor allem in den Topoi, den immer wiederkehrenden polarisierenden Denkschemata.<sup>19</sup> Sie markieren den Gegensatz zwischen »Wir« und »Sie« und strukturieren die bipolare Wahrnehmung des politisch-sozialen Feldes. Hier Freund, dort Feind: die Steuerzahler gegen die »Spekulantenklasse«, die bürgerliche Mitte gegen die »winzige Finanznomenklatura«, die Souveränität des Volkes gegen den Lobbyismus, die Interessen der Bürger gegen die Interessen nationaler und internationaler Bürokratien und Konzerne, die Souveränität der Nationalstaaten gegen das »Zentralmonster« der Europäischen Union (EU), das weitere Monstren an seinem Busen nährt. Die Metaphern »Vampir«, »Krake« und »Blutsauger« für das Finanzkapital, »Monster« oder »Leviathan« für die EU oder »keynesianisches Monster« für den *welfare consensus* nach 1945 sind im rechtspopulistischen Diskurs gängige Münze. Schon Ernst Jünger wusste: »Das Volk bedarf anschaulicher und nicht begrifflicher Wahrheiten.«<sup>20</sup>

<sup>19</sup> Genauer hierzu: Karin Priester, Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt a.M. 2007 und Dies., Rechter und linker Populismus, S. 40ff.

<sup>20</sup> Ernst Jünger, Rivarol, Stuttgart 1989, S. 54.

Polarisierung und Moralisierung gehen im populistischen Diskurs Hand in Hand. Auch Jongen teilt das politische Feld nach moralischen Kriterien ein. »Korruption« lautet sein Schlüsselwort. Die politische Elite sei »strukturell korrupt«, weil sie sich willfährig am Gängelband der »Finanznomennklatura« führen lasse, statt den Primat der Politik wieder in Kraft zu setzen.<sup>21</sup>

Hier also die gute »produktive, kulturtragende Schicht«, dort die bösen »maß- und schamlosen« Spekulanten. Die Polarisierung zwischen produktivem und spekulativem Kapital hat eine lange Tradition und lautete in anderen Zeiten »schaffendes« und »raffendes« Kapital. Populisten stehen von jeher auf der Seite des »schaffenden« Kapitals und teilen Jongens Diagnose: Es drohe »die Proletarisierung der bürgerlichen Mittelschicht«, diese stehe im »Zangengriff von ausufernder Sozialindustrie unten sowie asozialen Finanzeliten oben«.

Auch diese Wahrnehmung der heutigen Gesellschaft als Eieruhr mit einer immer schmäler werdenden Mitte hat eine lange Tradition. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der »Verfall der Mitte« beklagt. In den 1920er und 1930er Jahren war von der Vereinigung der Mittelschicht oder von »Panik im Mittelstand« (Theodor Geiger) die Rede. Rund zehn Jahre nachdem die SPD in den 1990er Jahren die »neue Mitte« entdeckt hatte, fragte 2006 der Soziologe Stefan Hradil: »Erodiert die gesellschaftliche Mitte?« Rechtspopulisten beklagen zwar stereotyp die »ausufernde Sozialindustrie«, vergessen dabei aber, dass von der Expansion des Wohlfahrtsstaates seit den 1950er Jahren vor allem die Mittelschicht profitiert hat.

Genuiner Populismus entsteht als Protestbewegung von Zwischenschichten (ursprünglich Bauern, dann kleine Ladeninhaber und Steuerprotestler, heute Jongens »bürgerliche Mitte« mit dem Prototyp des gut verdienenden, akademisch gebildeten IT-Ingenieurs), die sich von oben und unten gleichermaßen unter Druck fühlen. Zugleich ist Populismus ein radiales Phänomen, das unter den Bedingungen von Deindustrialisierung, Arbeitsplatzunsicherheit und Prekarisierung in die unteren sozialen Segmente ausstrahlt. Politisch wird diese Ausstrahlung dadurch begünstigt, dass die Linke nicht mehr als Volkstribun auftritt, weil sie sich entweder sozialdemokratisiert oder am linken Rand marginalisiert hat. Diese »tribinizische Funktion« ist heute in die Hand von Rechtspopulisten übergegangen. Sie vertreten die *moral majority*, die ehrlich ihre Steuern zahlt, hart arbeitet, Familien gründet und Kinder großzieht, also den Eliten oben und der Sozialstaatsklientel unten *moralisch* überlegen ist.

Gauland liegt zwar wählersoziologisch falsch, wenn er die AfD als »Partei der kleinen Leute« bezeichnet; aber ohne diese »kleinen Leute« wird die AfD keine Zukunft haben. Damit handelt sie sich jedoch Konfliktpotenzial

<sup>21</sup> Der US-amerikanische Dichter Ezra Pound, der sich dem italienischen Faschismus als Propagandist zur Verfügung stellte, schrieb in einem seiner Cantos:

»Vom Aufsichtsrat der Bank/ wurden Regierungsmitglieder ausgeschlossen./Bankdirektoren überwachen Regierungsgelder/ und betrügen das Volk.«

ein. Die österreichische FPÖ, viel länger im politischen Geschäft als die AfD, hat das seit Langem erkannt. Der Interessenkonflikt zwischen der bürgerlichen Mitte und den »kleinen Leuten« entzündet sich am Sozialstaat und kann nur entschärft werden, wenn der Fokus auf einen gemeinsamen äußeren Feind gerichtet wird. Der liberale Flügel der AfD versucht zwar, diese Fokusverschiebung zu verhindern, und hält Abstand zur Protestbewegung Pegida, die zwischen innen (Abendland) und außen (Islamisierung) polarisiert. Aber alle rechtspopulistischen Parteien Europas, vom Front National bis zur liberalkonservativen Schweizer SVP oder zur britischen Anti-Immigrationspartei UKIP, verdanken ihren Erfolg der simplen Botschaft: Alles Übel kommt von außen.

Das Problem des Populismus liegt in seiner Ambivalenz. Er spricht immer auch etwas Richtiges an: reale Probleme, kritikwürdige Zustände, undemokratische Tendenzen. Die EU ist in der Tat ein Elitenprojekt, der Lobbyismus grasiert ohne Frage, das Finanzkapital hat sich zweifellos in den letzten zehn Jahren immens bereichert. Populisten sind *Agenda-setter* und haben immer auch die Funktion von Warnschildträgern. Zugleich verspielen sie jeden Kredit durch ihren anschwellenden Erregungspegel und die Illusion der Rückkehr zur »nivellierten Mittelstandsgesellschaft«, die schon in den 1950er Jahren, als Helmut Schelsky den Begriff prägte, Makulatur war.

Der Konservatismus kann sich heute nicht mehr auf alternativlose Sachzwänge berufen. Diese Argumentationsfigur haben ihm die neoliberalen Modernisierer entrissen. Aber auch der Maß-und-Mitte-Konservatismus der CDU hat kein Alleinstellungsmerkmal mehr. Wieder einmal gärt es in der gesellschaftlichen Mitte, aber wo sie liegt, ist Auslegungssache. Sie ist das semantische Vakuum, das sich mit Statusängsten und Angst vor kultureller Entwertung füllen lässt. Links reden und rechts denken ist ein erprobtes populistisches Rezept, auch wenn die Mitte von Klassenkampf und Revolution noch nie viel gehalten hat.

Was nun die AfD angeht, ist, mit Carl Schmitt zu sprechen, die Entscheidung gefallen. Bernd Lucke und mit ihm die Liberalkonservativen haben das Schiff verlassen. Ob es deswegen aber sinkt oder nicht eher steigt, hängt von den Kräfteverhältnissen innerhalb und den Gegenkräften außerhalb des nunmehr rechteren AfD-Spektrums ab.



**Prof. Dr. Karin Priester**, geb. 1941, war bis 2007 Professorin für Politische Soziologie am Institut für Soziologie der Universität Münster. In den letzten Jahren ist sie mit zahlreichen Veröffentlichungen, darunter zwei Büchern, zum Thema »Populismus« hervorgetreten.